

Limmattal, im April 2016

Pressemitteilung der Limmattaler Wirtschaftsverbände

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir vier Limmattaler Wirtschaftsverbände setzen uns bei eidgenössischen Abstimmungen konsequent für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz ein. So auch am 5. Juni. Daher unterstützen wir die Initiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“ (Milchkuh-Initiative) und lehnen die Initiativen „Pro Service public“ und „Für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ ab.

Ja zu einer fairen Verkehrsfinanzierung – Ja zu einer leistungsfähigen Infrastruktur: Eine hochwertige Infrastruktur ist von zentraler Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Dazu gehören optimale Rahmenbedingungen für einen raschen und zuverlässigen Transport von Waren, aber auch für einen leistungsfähigen, störungsfreien Personentransport.

Damit die Strasseninfrastruktur in Zukunft mit der Entwicklung des Verkehrsvolumens mithalten kann, bedarf es einer nachhaltigen, fairen Verkehrsfinanzierung. Zumal es in den letzten Jahren gelungen ist, den Verkehr vermehrt auf die Nationalstrassen zu kanalisieren und so im Interesse der Bevölkerung die untergeordneten Strassen zu entlasten. Als Folge davon hat sich jedoch der Verkehr auf den Nationalstrassen in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Es ist daher bedauerlich, dass es verpasst wurde, das Nationalstrassennetz rechtzeitig diesen Herausforderungen anzupassen. Die Konsequenz davon: Vielerorts weicht der Verkehr dem Stau aus und belastet das untergeordnete Verkehrsnetz und die Bevölkerung gleichermaßen.

Die Milchkuh-Initiative stellt sicher, dass die Steuern, Abgaben und Gebühren der Strassenbenützer auch tatsächlich in den Bau und Unterhalt von Strassen und Autobahnen fliessen, ohne zweckentfremdet zu werden. Sie leistet damit einen wirkungsvollen Beitrag zur Beseitigung von Engpässen auf dem Nationalstrassennetz. Ausserdem wirkt sie dem Verlust unzähliger Stunden produktiver Arbeitszeit im Stau entgegen. Ein wichtiger Aspekt für die Bevölkerung und Wirtschaft im Limmattal.

Nein zu einem bedingungslosen Grundeinkommen – Ja zu optimalen Rahmenbedingungen: Die Initiative mag auf den ersten Blick verführerisch klingen, hält aber bei genauerem Hinsehen nicht, was sie verspricht. Denn der materielle Wohlstand, den die Initiative umverteilen will, muss zuerst erarbeitet werden. Die Initiative würde zudem immense Kosten verursachen. Der Bundesrat geht allein für die öffentliche Hand von jährlich wiederkehrenden Mehrkosten von 25 Milliarden Franken aus – fast 40 Prozent der budgetierten Bundesausgaben des Jahres 2016. Attraktive Rahmenbedingungen, damit die Unternehmen prosperieren und sich die Einzelnen nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen entfalten können, sind daher sinnvoller als teure Umverteilungsversprechen.

Nein zur Einschränkung des Service public – Ja zu mehr Wettbewerb: Die Initianten fordern, dass bundesnahe Betriebe wie die Post, die SBB oder die Swisscom nicht nach Gewinn streben dürfen und auf Quersubventionierungen verzichten müssen. Anstelle eines Gewinnverbotes sollten verkrustete Strukturen aufgebrochen werden, damit die Wettbewerbsfähigkeit auch in diesen Branchen einen höheren Stellenwert gewinnen kann.

Ein klares JA zur Initiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung (Milchkuh-Initiative) und zweimal ein ebenso klares NEIN zu einem bedingungslosen Grundeinkommen und zur Service public-Vorlage!



Gregor Biffiger
Präsident Gewerbeverband Limmattal



Fredi Pahr
Präsident Industrieverein Spreitenbach



Dr. Andreas Geistlich
Co-Präsident Wirtschaftskammer Schlieren



Dr. Josef Wiederkehr
Präsident Industrie- und Handelsverein Dietikon